

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/005/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 07.12.2010**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
-----------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Katharina Focke	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Wilfried Grottendieck	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Nelson Rodrigues	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Michael Schaefer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	
Frau Emine Dursun		Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Horst Erle		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Heinrich Thalmann		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr Udo Mollen	SPD	Vertretung für Herrn Jörg Marciniak
-----------------	-----	-------------------------------------

Gäste:

Herr Dr. Hollwitt		Gesundheitsamt
Herr Hartmut Klein		Migrationsbeauftragter

Verwaltung:

Herr Ludger Schöpfer		Fachbereichsleiter FB 2
Herr Jürgen Koch		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Jörg Marciniak	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Barbara Meinert	SPD	Sachkundige Bürgerin

beratende Mitglieder:

Herr Holger Zimoch	FDP	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
--------------------	-----	--

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg		Beigeordnete
--------------------	--	--------------

Öffentlicher Teil:

1. Arbeit mit forensischen Patienten in der Maßregelvollzugsklinik Rheine
Vorlage: 450 / 10

0:01:00

Die therapeutische Leiterin Frau Dr. Spaniol, die stellvertretende ärztliche Leiterin, Frau Martina Redeker und der Dipl.-Sozialarbeiter Herrn Rainer Steinert berichten umfassend über die Entwicklung der Maßregelvollzugsklinik Rheine und über die dortige Arbeit mit den forensischen Patienten.

Im Anschluss an den Vortrag schließt sich eine intensive Diskussion an, in der unter anderem die Punkte:

- Problematik bei Verlegung von Patienten in andere Einrichtungen
- bauliche Gegebenheiten in der Einrichtung
- Zukunft der Übergangseinrichtung

behandelt werden.

Im Laufe der Diskussion unterbricht Herr Berardis die Sitzung um Pfarrer Günter Hillebrandt - derzeit als katholischer Seelsorger für die Betreuung der Patienten in der Übergangsklinik zuständig - die Möglichkeit zur Wortmeldung zu geben. Pfarrer Hillebrandt spricht sich für eine Weiterführung der Klinik aus.

Nach Fortsetzung der Sitzung fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der therapeutischen Leiterin Frau Dr. Carola Spaniol, der stellvertretenden ärztlichen Leiterin, Frau Martina Redeker, und dem Dipl.-Sozialarbeiter, Herrn Rainer Steinert, über die Arbeit mit den forensischen Patienten in der Westfälischen Maßregelvollzugsklinik Rheine zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung am 28.09.10

0:42:00

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Herr Janßen stellt für die CDU den Antrag, auch die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung vom 22.09.10 von Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“, Haupt- und Finanzausschuss, Schulausschuss und Sozialausschuss zu beschließen.

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung werden ebenfalls nicht vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 28.09.2010 gefassten Beschlüsse

00:44:10

Herr Schöpfer trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Förderung des Caritasprojekts „Dolmetscher der Kulturen“

Die einmalige Bezuschussung des Projekts i.H.v. 12.000,00 € wurde dem Caritasverband unmittelbar nach Aufhebung der Haushaltssperre zugeleitet.

Bzgl. der Fortführung des Projektes fand ein Gespräch zwischen Verwaltung und Caritasverband am 31.08.2010 statt. Ergebnis war, dass sich der Caritasverband in der Lage sieht, die professionelle Begleitung der Kulturdolmetscher aus seinem bestehenden Stellenpool nachhaltig zu organisieren.

Spracheinstufung von Kindern mit Migrationshintergrund bei der Einschulung

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde berichtet, dass zugewanderte Kinder bei der Einschulungsuntersuchung nicht wesentlich schlechter abgeschnitten haben als Kinder aus Familien, in denen Deutsch muttersprachlich gesprochen wird.

Die Einschätzung beim schulärztlichen Test zur Einschulung bezieht sich auf einfache Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Die Kinder werden z. B. aufgefordert, Wörter nachzusprechen, Gegenstände auf Bildern zu benennen und sie werden in ein einfaches situatives Gespräch verwickelt.

Auf dieser Grundlage werden sie anhand der 5 zur Verfügung stehenden Punkte von der Schulärztin subjektiv eingestuft. Bei der Einschulung 2010 erlangten Kinder mit MH so eine durchschnittliche Punktzahl von 4,48 und einheimische Kinder 4,98 Punkte.

Das Punktergebnis erlaubt keine differenzierte Leistungsbeurteilung, etwa im Sinne einer Schulnote für das Fach Deutsch.

Ein Monitoring beobachtet in bestimmten Zeitverläufen die Veränderung von Zahlen und Werten, die unter vergleichbaren Umständen themenbezogen erhoben werden. Von diesem Standpunkt aus deuten die Zahlen zur Sprachkompetenz der einzuschulenden Kinder 2010 gegenüber dem Vorjahr auf eine positive Entwicklung hin.

4. Informationen

00:46:30

Herr Schöpfer trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren

Im Jahre 2008 wurde die Landesförderung für die früheren Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren eingestellt. Auch das Beratungsangebot des jfd musste mit Auslaufen der Landesförderung eingestellt werden. Das Land beabsichtigt jetzt, die Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren zum 01.01.2011 wieder aufzunehmen.

Im Rahmen eines regionalen Konsenses wurde von der Regionalagentur Münsterland ein Entscheidungsvorschlag unterbreitet, der die Belange des gesamten Münsterlandes berücksichtigen soll (Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie Stadt Münster).

Der Entscheidungsvorschlag der Regionalagentur sieht vor, im Kreis Steinfurt zwei Erwerbslosenberatungsstellen und ein Arbeitslosenzentrum einzurichten, und zwar eine Erwerbslosenberatungsstelle in Rheine sowie einen kombinierten Standort Ibbenbüren/Steinfurt. Als Standort für das Arbeitslosenzentrum wird Ibbenbüren empfohlen.

Nach den der Verwaltung vorliegenden Informationen wird der jfd den Zuschlag für eine Erwerbslosenberatungsstelle in Rheine erhalten.

Über den Fortgang wird berichtet.

Beteiligung der Städte und Gemeinden an den kommunalen Kosten des SGB II

Die Beteiligung an den kommunalen Kosten des SGB II beträgt im Jahr 2011 50 %, nachdem zuvor ab 2008 eine jährliche, stufenweise Anhebung erfolgte (33%, 40%, 40%).

Nach der Neuorganisation der SGB II – Aufgabenerledigung ist nach Auffassung der Verwaltung nun erst recht der innere Begründungszusammenhang für eine unmittelbare Kostenbeteiligung i.H.v. 50 % nicht mehr gegeben.

Dieser Argumentation folgte letztlich auch der Landrat und schlug daher vor, die Kostenbeteiligung für die künftigen Haushaltsjahre wie folgt zu ändern:

Im Haushaltsjahr 2011	40 %
Ab dem Haushaltsjahr 2012	33,33 %

Um so enttäuschender ist es, dass der Landrat seine Sitzungsdrucksache B 96/2010 aufgrund eines Mehrheitsvotums einer außerordentlichen HVB-Konferenz am 08.12.2010 zurückgezogen hat und den durch die Mehrheit in der HVB-Sitzung entwickelten Vorschlag folgt, die Beteiligungsquote von 50 % für

die Jahre 2011 und 2012 beizubehalten und im 4. Quartal des Jahres 2012 nach Evaluation zu entscheiden, ob Änderungsbedarf besteht.

Sporthallenbelegung in den Ferienzeiten

In der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde die Verwaltung seitens der CDU-Fraktion gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, dass Seniorengruppen auch in den Ferienzeiten die städt. Turnhallen nutzen. Hierzu teilt die Sportverwaltung folgendes mit:

Grundsätzlich besteht die Regelung, dass in den Ferienzeiten keine Unterhaltsreinigung durchgeführt und die Heizung abgeschaltet wird.

Schulhausmeister, die ausschließlich in den Ferien ihren Jahresurlaub nehmen können, stehen nicht zur Verfügung.

Der Sportservice stellt aus diesem Grund nur in wenigen ausgewählten Sporthallen Trainingszeiten in den Ferien für am Ligabetrieb teilnehmende Mannschaften der Vereine zur Verfügung.

Sollten auch anderen Sporttreibenden in den Ferien Trainingszeiten zur Verfügung gestellt werden, müssten die hierfür entstehenden zusätzlichen Kosten der Bauunterhaltung (Heizung/Reinigung) und Personalkosten dem Fachbereich 1 zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sieht die Verwaltung keine Möglichkeit einer Umsetzung.

KOMM-IN NRW

Nach den aktuellen Internet-Informationen des Kompetenzzentrums für Integration (KfI) beim der Bezirksregierung Arnsberg läuft die Förderung nach dem o. g. Konzept im Haushaltsjahr 2010 aus. Über eine Fortsetzung des Landesprogramms wurde laut KfI noch nicht entschieden.

Nach einer Zeitungsmeldung kündigte die zuständige Staatssekretärin im Düsseldorf Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, Zülfiye Kaykın, aber unlängst, dass die Landesregierung beabsichtige, das KOMM-IN-Programm im Jahre 2012 neu aufzulegen. (Vgl. Bericht in der WN / Kreis Warendorf vom 29.11.2010.)

Anfang kommenden Jahres wird die Verwaltung aber schon Teile des KOMM-IN-Antrages ohne entsprechende Fördergelder z. B. mit der Gründung eines Bildungsnetzwerks im Bereich Schotthock in Angriff nehmen.

Über die weitere Entwicklung soll dem Sozialausschuss laufend berichtet werden.

Geplante Schließung der Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine

Als weitere Information stellt Herr Schöpfer dem Ausschuss den Inhalt des nachfolgenden Briefes der Bürgermeisterin der Stadt Rheine an den Landrat des Kreises Steinfurt vor.

Landrat des Kreises Steinfurt
Herrn Thomas Kubendorff
48563 Steinfurt

Bürgermeisterin
Dr. Angelika Kordfelder

Zimmer 377

☎ 05971 939-200

Fax 05971 939-635

E-Mail Angelika.Kordfelder@rheine.de

Aktenzeichen:

BM-kor-hei-

(bei Schriftwechsel bitte angeben)

7. Dezember 2010

Geplante Schließung der Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine

Sehr geehrter Herr Landrat Kubendorff,

anlässlich der Aufstellung des Kreishaushaltes für 2011 ff sehen Sie eine Schließung der Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine vor, um künftig die Aufgaben und Angebote des Gesundheitsamtes zentral von Steinfurt aus zu organisieren. Anlässlich unseres letzten Jourfix haben Sie mir bereits mitgeteilt, dass aktuell an einem Konzept gearbeitet wird, in Kooperation mit niedergelassenen Hausärzten und ggfls. dem Krankenhaussystem auch weiterhin dezentral Angebote zu gewährleisten.

Mittlerweile mehren sich die Stimmen gegen die Ihrerseits publizierten Vorstellungen auch hier in Rheine. In unserem Verwaltungsvorstand war die Zentralisierung der Gesundheitsamtsangebote und –aufgaben Thema und Gegenstand der Diskussion am gestrigen Tage.

Für die Verwaltung der Stadt Rheine ist klar, dass die geplante Schließung der Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine zahlreiche negative Konsequenzen für unsere Stadt und insbesondere deren Bürgerinnen und Bürger hat.

Ich möchte an dieser Stelle nur auf die gravierendsten Konsequenzen einer Schließung dieser Dienststelle hinweisen:

1. In der örtlichen Dienststelle Rheine werden pro Jahr ca. 280 Gutachten mit Untersuchung zur Frage des gesundheitlichen Leistungsvermögens gem. SGB II und SGB XII für die Stadt Rheine erstellt. Uns ist bekannt, dass aufgrund der jahrelangen Erfahrungen mit dem Personenkreis dieser Klienten auszuschließen ist, dass die entsprechenden Begutachtungen bei Wegfall der konkreten Dienststellen des Gesundheitsamtes in Rheine im bisherigen Umfang fortgeführt werden können. Hier sind direkte und schnelle Zusammenarbeiten auch mit den städtischen Ämtern und kurzfristige Terminabsprachen notwendig. Wenn das Gesundheitsamt nicht kontinuierlich vor Ort

präsent ist, wird diese Arbeit nicht nur erschwert, sondern auch quantitativ eingeschränkt werden.

2. Besonders kritisch sehen wir die Schließung der Methadonambulanz des Gesundheitsamtes, wo zurzeit 38 Opiatabhängige behandelt werden. Derzeit ist zu bezweifeln, ob niedergelassene Ärzte für die Substitution zu gewinnen sind. In diesem Zusammenhang weise ich insbesondere auf mögliche Auswirkungen auf andere Problemfelder hin (z. B. Beschaffungskriminalität), wenn mittelfristig mit einer Abnahme der Substitutionsplätze zu rechnen ist.
3. Rheine stellt innerhalb des Kreises Steinfurt den Schwerpunkt für Einweisungen nach dem Psych-KG dar. Wenn Personen nach dem Psych-KG untergebracht werden müssen, benötigen unsere Mitarbeiter des Ordnungsamtes einen Arzt für die aktuelle Untersuchung. Während der üblichen Arbeitszeiten ist der erste ärztliche Ansprechpartner der im Gesundheitsamt Rheine tätige Facharzt für Psychiatrie. Sollte künftig dessen Dienstort im Gesundheitsamt Steinfurt sein, würden sich in diesen Fällen zeitliche Verzögerungen ergeben.
4. Nur ansatzweise hinweisen will ich auf die Problematik der Zugangssteuerung für die Gewährung von Frühförderungsmaßnahmen und weitere Tätigkeitsbereiche.

Anlässlich dieser nicht auszuschließenden problematischen Entwicklungen und Folgewirkungen sieht die Stadt Rheine die geplante Schließung der Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine sehr kritisch.

Bei aller Wertschätzung für Ihre Sparbemühungen spreche ich mich als Bürgermeisterin der Stadt Rheine angesichts der skizzierten Problembereiche für eine Beibehaltung einer konkreten Dienststelle des Gesundheitsamtes in Rheine aus.

Bitte leiten Sie dieses Schreiben auch an die politischen Vertreter des Kreistags weiter. Wir berichten unsererseits heute Abend (07.12.) über diesen Schriftsatz im Sozialausschuss der Stadt Rheine.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Im Anschluss regen sowohl Herr Jansen von der CDU als auch Herr Rodrigues vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine erneute Überprüfung der Möglichkeiten zur Nutzung der Sporthallen durch Senioren in den Ferienzeiten an. Herr Berardis schlägt vor, zunächst intern in der Verwaltung zu klären, ob das Thema im Sozialausschuss oder im Sportausschuss platziert werden muss um anschließend das weitere Vorgehen abzustimmen.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

0:58:40

Frau Dursun berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

1:07:10

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

7. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

1:00:30

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

1:14:20

Ein Bericht aus dem Familienbeirat liegt nicht vor.

9. Bericht des Migrationsbeauftragten - Stellungnahme zum Stand von Migration und Integration in Rheine

1:15:00

Der Migrationsbeauftragte Herr Klein stellt die Stellungnahme zu Fragen der Migration und Integration in Rheine vor. Die Stellungnahme ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

In der anschließenden Diskussion beantwortet Herr Klein Fragen der Ausschussmitglieder.

**10. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen - Mittelverwendung 2010-2012
Vorlage: 521/10**

1:44:00

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

In der sich anschließenden intensiven Diskussion regen Herr Jansen und Herr Fühner für die CDU Fraktion an, vor einer Entscheidung über die Vorlage die Haushaltsplanberatungen 2011 abzuwarten um dann eine genaue Übersicht über die zur Verfügung stehenden Mittel zu haben. Ebenfalls besteht für die CDU Unklarheit darüber, in wie weit die bis 2009 beschlossenen Projekten bisher umge-

setzt wurden und in welchem Umfang die dafür vorgesehenen Mittel verbraucht wurden bzw. noch zur Verfügung stehen.

Für die SPD Fraktion stellt Frau Stockel in Frage, warum die Sanierungsmaßnahmen des Gebäudes, in dem der CeBeeF untergebracht ist, aus dem Topf für barrierefreies Bauen bestritten werden müssen, da es sich doch um Instandhaltungsarbeiten handele und die Maßnahmen daher eher im Bereich der Gebäudewirtschaft anzusiedeln sind.

Herr Holtel von der FDP Fraktion unterstützt die Forderung der CDU nach einer Vertagung der Entscheidung um sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 konkret mit den geplanten Maßnahmen beschäftigen zu können.

Herr Rodrigues trägt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Kompromiss vor, dass die Maßnahmen für die in 2010 Mittel vorhanden sind, umgesetzt werden sollen. Die anderen Projekte sollen zunächst zurück gestellt werden.

Seitens der Verwaltung erläutert Herr Schöpfer ausführlich, dass die bis 2009 geplanten Maßnahmen bis auf wenige begründete Ausnahmen umgesetzt sind bzw. in kürze umgesetzt werden und auch Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Herr Schöpfer weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei den in der Vorlage genannten Projekten um Vorhaben handelt, deren Umsetzung vorbehaltlich zur Verfügung stehender Mittel in aufgeführter Priorität erfolgen kann.

Im Anschluss an die Diskussion stellt die CDU Fraktion den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung. Insbesondere wird eine Übersicht über die Umsetzung der bis 2009 beschlossenen Projekte sowie eine Klärung verlangt, aus welchen Haushaltsstellen die beschriebenen Projekte zu finanzieren sind.

Hierüber fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt den Tagesordnungspunkt Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen - Mittelverwendung 2010-2012 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich beschlossen
	12 JA-Stimmen
	6 NEIN-Stimmen
	1 Enthaltung

**11. Berichtswesen zum Stichtag 31.10.2010, Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales, hier: Produktgruppe Soziales
Vorlage: 556 / 10**

2:08:00

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Soziales) mit dem Stand der Daten vom 31.10.2010 zur Kenntnis.

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

2:09:00

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

2:10:00

Seitens der CDU Fraktion beantragt Herr Jansen aufgrund von Terminüberschneidungen die Verschiebung des nächsten Sitzungstermins des Sozialausschusses vom 01.02.11 auf den 02.02.11.

Eine Klärung wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Anmerkung: Nach interner Abstimmung in der Verwaltung, wird der Termin der nächsten Sozialausschusssitzung auf den 02.02.11 verschoben.

Ende der Sitzung:

19:25 Uhr

Berardis
Ausschussvorsitzende(r)

Koch
Schriftführer(in)